

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

11. März 2020
3.2020

Am 19. Februar starben neun Menschen bei einem rechten Anschlag auf eine Shisha-Bar. Eine weitere Person wurde schwer verletzt. Es war der schwerste rechtsterroristische Anschlag in Deutschland seit dem Münchner Oktoberfest 1980. Mercedes Kierpacz, Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Sedat Gürbüç, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu und Vili-Viorel Păun starben. Sie waren Söhne, Töchter, Mütter, lebten in Deutschland, sind hier zur Schule gegangen, haben hier gearbeitet. Sie waren vieles, aber sicher keine »Fremden«. Orte des Anschlags waren u.a. zwei Shisha-Bars, wo sich viele Menschen mit Migrationsgeschichte vor dem alltäglichen Rassismus sicher fühlen. Seit der rechten Mobilisierung gegen die Aufnahme von Geflüchteten und den Wahlerfolgen der AfD finden in vielen Städten Razzien in Shisha-Bars statt. Oft mit unverhältnismäßigen Mitteln und begleitet von reißerischer Berichterstattung der Boulevardzeitungen. Augenzeugen berichten: Dutzende Polizisten stürmen den Laden. Die Besucher werden stundenlang festgehalten, dürfen nicht telefonieren, müssen teilweise auf dem Boden liegen, werden beschimpft. Die offizielle Erklärung: Es gehe um den Kampf gegen »organisierte Kriminalität« und »Clanstrukturen«. Das Ergebnis: Außer unverzolltem Tabak wird wenig gefunden. Der Rauchabzug funktioniert nicht immer gut. Verstoß gegen das Jugendgesetz, also weil Besucher jünger als 18 Jahre waren. Nicht erlaubt, aber selten hört man, dass deswegen in einer nicht-migrantischen Kneipe mehrstündige Razzien durchgeführt werden. Die Wirkung: Orte migrantischen Lebens werden öffentlich als Gefahrenzone markiert und die Besucher diskriminiert. Die Botschaft kommt an: Nur drei Tage nach Hanau gab es im sächsischen Döbeln einen Brandanschlag auf eine Shisha-Bar.

Die Tat ist Ergebnis von jahrelanger Hetze und antimuslimischem Rassismus: Verbreitet auf der Straße, im Internet, in Kneipen und in den Parlamenten. Verbreitet von extrem rechten

Wir treten dem rechten Terror entgegen

Parteien wie der AfD, die von »wohltemperierter Grausamkeit« (Björn Höcke) redet und die Menschenwürde an Nationalität und Herkunft binden will. Der Focus titelte »Shisha-Morde« und legt nahe, die Besucher der Bar seien Ursache für das Morden. Horst Seehofer (CSU) erklärt Einwanderung von Menschen zur »Mutter aller Probleme«. Friedrich Merz (CDU) twitterte wenige Tage nach dem Terroranschlag: »Rechtsfreie Räume oder Clanstrukturen darf es nirgendwo geben. Und wo es diese Strukturen gibt, müssen sie konsequent aufgebrochen werden, ganz gleich wie viel Protest das auslöst.« Das ist herzlos und menschenverachtend vor dem Hintergrund des tödlichen Anschlags – und setzt fort, was wir aus den NSU-Ermittlungen kennen: Die Opfer werden verantwortlich gemacht (damals: »Dönermorde«). Die Angehörigen der Opfer wurden verdächtig, Ermittlungsansätze in Richtung der Neonazis ignoriert. Dieses »Shaming the victim« dient dazu, Mitgefühl und Solidarität mit den Betroffenen abzuschneiden und sie zu isolieren. Es lenkt von Versäumnissen bei und Verbindungen in Polizei und Verfassungsschutz ab. Der frühere Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen twitterte nach Hanau: »Sozialistische Logik: Täter sind immer rechts, Opfer immer links. Man braucht sich nicht mehr mit Stalin, Mao, Pol Pot, Ulbricht... auseinanderzusetzen, weil sie Nazis waren. Der Haken daran ist: nach dieser Denke sind sie selbst rechts. Antifa=Nazis.« Der Täter von Hanau mag allein gehandelt haben, ein »Einzeltäter« war er nicht.

DIE LINKE fordert:

- Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle, die hier leben, dazu gehören. Wir gestalten die Einwanderungsgesellschaft gerecht für alle: schaffen Kettenuldungen ab, sichern und erleichtern Aufenthaltsrechte und sichern Einwanderung rechtlich und sozial ab.
- Die Opfer rechter Gewalt müssen Unterstützung und Beratung erhalten und einen sicheren, dauerhaften Aufenthaltsstatus. Das durchkreuzt die Vertreibungs-Absicht der Täter.

- NSU-Akten offenlegen. Aufklärung der Verstrickung von Verfassungsschutz, Polizei und Bundeswehr in rechtsterroristische Netzwerke.
- Wer hier lebt, soll hier wählen! Aktives und passives Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf allen Ebenen.
- Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus müssen dauerhaft gefördert und erweitert werden: Projekte der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse.

Wir stellen uns Rassismus entgegen, auf der Straße und in den Parlamenten. Unsere Solidarität gilt den Opfern, ihren Angehörigen und allen Menschen, die von Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind. **Für eine Gesellschaft der Vielen und der Vielfalt.**

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisleistung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

